

3. August 2020

Gemeinsame Absichtserklärung zwischen der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz und dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung zur Errichtung von Radstellplätzen und P+R Anlagen an Bahnhöfen

Gegenstand dieser Absichtserklärung ist die gemeinsame Planung und Finanzierung zum Ausbau von P+R-Anlagen und die Errichtung von Radabstellanlagen an Brandenburger Bahnhöfen.

Mehr als 200.000 Menschen pendeln derzeit aus dem Land Brandenburg täglich nach Berlin, etwa 100.000 in die Gegenrichtung von Berlin nach Brandenburg. Viele PendlerInnen nutzen für die Gesamtstrecke ihr Auto und belasten damit die Straßeninfrastruktur, das Klima und die Gesundheit der AnwohnerInnen. Die erwartete Bevölkerungszunahme in beiden Ländern führt zu einer weiteren Erhöhung der Pendlerbeziehungen und somit unweigerlich zur Überlastung der Straßenverkehrssysteme.

Ziel ist es daher, den Pendlern und Pendlerinnen attraktive Schienenverkehrsangebote und ausreichend Stellplätze für Pkw und Fahrräder an den wohnortnahen Bahnhöfen anzubieten. Mit der Umsetzung der Landesnahverkehrspläne und des Infrastrukturprojektes i2030 sollen sich die Zug- und Sitzplatzzahl sowie die Infrastrukturkapazität sukzessive erhöhen. In gleichem Maße müssen sich das Stellplatzangebot und die ÖPNV-Anbindung der Bahnhöfe im Umland verbessern.

Das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) des Landes Brandenburg hat das B+R/P+R-Konzept für das Land Brandenburg durch ein Gutachten der VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH VBB aktualisiert. Teil des Gutachtens ist auch ein Vorschlag für eine Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg. Viele Kommunen im Berliner Umland sind am Ausbau der Stellplätze an ihren Bahnhöfen interessiert.

Die Länder Berlin und Brandenburg wollen zukünftig bei der Errichtung von Bike+Ride- und Park+Ride-Stellplätzen in der Hauptstadtregion intensiver kooperieren. Dazu soll ein gemeinsames strategisches Vorgehen entwickelt werden.

Das Land Berlin beabsichtigt, die Finanzierung für die Errichtung von B+R- und P+R-Stellplätzen in der Region an Bahnhöfen mit einem hohen Anteil an Berlin-PendlerInnen (Ein- und/oder AuspendlerInnen) zu unterstützen.

Die Absichtserklärung beinhaltet keine finanziellen Verpflichtungen seitens der Beteiligten. Dies bleibt nach Schaffung der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen einer abzuschließenden Einzelvereinbarung zwischen den Finanzierungsbeteiligten Land Brandenburg und Land Berlin vorbehalten.

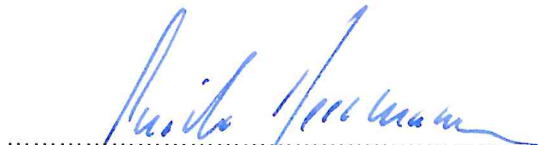
Für das Land Berlin:



.....
Regine Günther
Senatorin für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Berlin, den 3.08.2020

Für das Land Brandenburg:



.....
Guido Beermann
Minister für Infrastruktur und Landesplanung des
Landes Brandenburg

Potsdam, den 3. August 2020